

Entschließung **E 106-NR/XX. GP**

des Nationalrates vom 13. März 1998

betreffend Maßnahmen gegen grenznahe kerntechnische Anlagen

1. Die Bundesregierung wird ersucht, im Sinne des Schutzes der österreichischen Bevölkerung und der Umwelt zum geplanten Vorhaben der Ausweitung des Atommüllagers in Dukovany auf der Basis von Gutachten bzw. der Beurteilung von Experten eine Stellungnahme auszuarbeiten und diese den zuständigen Behörden der Tschechischen Republik zu übermitteln.
2. Die Bundesregierung wird ersucht, in Weiterführung der bisherigen Aktivitäten und im Sinne des ECE-Abkommens von ESPOO Kontakt mit dem Umweltminister der Tschechischen Republik aufzunehmen mit dem Ziel, die Stellungnahme der österreichischen Experten im Genehmigungsverfahren für die geplante Anlage in Dukovany zu berücksichtigen bzw. die österreichische Position in Anhörungsverfahren vertreten zu können.
3. Der Bundeskanzler wird ersucht, beim nächsten Zusammentreffen der EU-Regierungsschefs mit den Assoziierten Ländern, Fragen der nuklearen Sicherheit zur Sprache zu bringen.
4. Der Bundeskanzler wird ersucht, bilaterale Initiative zu Gesprächen mit seinem Tschechischen Kollegen über die Frage der nuklearen Sicherheit im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung des Brennelemente-zwischenlagers Dukovany, sowie dem AKW Temelin zu ergreifen.